

Margrit Zauner

Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg zu Berlin

[margrit.zauner@berlin.de](mailto:margrit.zauner@berlin.de)

[www.zauner-berlin.de](http://www.zauner-berlin.de)

## **Finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming: Gender Budgeting zwischen Theorie und Praxis**

Beitrag zum Arbeitskreis 2: „Nichts geht mehr ohne Gender“ – Integration und Umsetzung von „GM“ in der Landes- und Kommunalverwaltung der Fachtagung Chancengleichheit von Männern und Frauen? Impulse und Erfahrungen aus Schweden, Österreich und Deutschland zur Verwirklichung einer europäischen Vision am 27. 10.2003 in Potsdam-Herrmannswerder. LASA-Dokumentation Nr. 18, S.23-24

1. Gender Budgeting ist auch eine neue Form, über das Thema „Frauen und Geld“ zu diskutieren. Frauen und Männer haben unterschiedliche Erfahrungen und einen unterschiedlichen Umgang mit Geld – wenn diese These stimmt, dann gilt dieses auch für den Umgang mit öffentlichen Mitteln, dem Focus des Gender Budgeting. „Für Männer bedeutet Geld Unabhängigkeit. Für Frauen gestaltet sich die Sache schwieriger. Geld ist für sie in ein schillerndes Spektrum zwischenmenschlicher Bedeutungen gehüllt.“ (Benard/Schlaffer 1988) Und in unserer Gesellschaft ist Geld eng mit Macht verknüpft. Diese Beziehung wird in den gegenwärtig geführten Debatten kaum offengelegt und oft hinter inhaltlichen Zielen versteckt.
2. Gender Budget ist ein wesentlicher Bestandteil von Gender Mainstreaming. **Gender Budget ist als finanzpolitisches Instrument des Gender Mainstreaming eine Methode der geschlechterdifferenzierten und –sensiblen Analyse und Bewertung der Haushaltsaufstellung, der Haushaltsdurchführung und Haushaltskontrolle und soll eine geschlechtergerechte Verteilung der Einnahmen- und Ausgabenseite öffentlicher Haushalte bewirken. Es soll für die Beratung der öffentlichen Haushalte dem Parlament und der Zivilgesellschaft eine ausreichende Transparenz über die Verteilung der öffentlichen Mittel im Sinne der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen.**
3. Gender Budgeting zielt nachhaltig auf die materielle Untersetzung der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Dabei ist die Umsetzung auf eine Implementationsstrategie angewiesen, die statt einer „Bombenwurf-Strategie“ die finanzpolitischen mit den frauenpolitischen Zielen zusammenführt und dabei weniger theoretisch gut lesbare als praktisch umsetzbare Ergebnisse erzeugt, die auch nach Wegfallen des „Drucks von oben“ für die Entscheidungsträger/innen relevant sind.
4. Gender Budgeting muss in ein Managementinformationssystem münden, das anstelle von vielen Daten relevante Informationen bereitstellt. Schon jetzt verfügen wir im Rahmen der öffentlichen Haushalte, ins. bei der Kosten-Leistungsrechnung, über eine Vielzahl von Daten, die allerdings häufig keine Abnehmer/innen finden. Um aus Daten Informationen zu machen, müssen die richtigen Fragen gestellt werden – und die Personen, die diese Fragen auch beantwortet haben wollen, diese gemeinsam mit Genderexpert/inn/en entwickeln.
5. Die mit (öffentlichen) Finanzen befassten Einheiten und Personen haben im Bereich der Politik und der Verwaltung ein besonderes Gewicht. Eine Gender Bud-

geting Strategie, die vor allem auf Druck von außen durch NGOs zielt und ansonsten die direkt Beteiligten eher passiv als aktiv einbezieht, muss scheitern. Wir brauchen ein Bündnis von Haushälterinnen aus Politik und Verwaltung. Dazu sind Expertinnen mit Frauen/Gender- **und** Finanzkompetenz besonders wichtig. Diese sind Promotorinnen des Konzeptes.

6. Gender Budgeting darf weder auf eine besondere Betrachtung der Mittel für Frauenprojekte – in der Regel die dazu zu geringe Mittelausstattung – beschränkt noch auf die Begründung der Abschaffung solcher Angebote reduziert werden. Gender Mainstreaming bedeutet eine Doppelstrategie: neben den positiven Aktionen für Frauen (wie z.B. den Frauenprojekten) geht es um das „gendern“ aller Politikbereiche und Strukturen.
7. Gender Budgeting ist ein Thema der Vernetzung von Frauen (und Männern) in der Politik zwischen frauenpolitisch Engagierten und engagierten Frauen in Parlamenten und Verwaltungen. Es bietet die Chance, in der Perspektive, die Macht von Frauen in der Politik zu vergrößern und das Thema Geschlechtergerechtigkeit durch den Übergang von allgemeinen politischen Absichtserklärungen zu konkret nachvollziehbare und abrechenbare Umsetzungsschritten zu konkretisieren.